

Wärme in ihren auf Ersuchen des indischen Protokollchefs angelegten Fräcken.

Zwei Tage später besuchte Tschu das Grabmal Gandhis. Dabei nahm die Begeisterung solche Formen an, daß Tschu beinahe seine vor dem Mal abgestellten Schuhe nicht wiedergefunden hätte. Zum erstenmal hatte er auch seine Leibwache zu Hause gelassen.

Alle öffentlichen Veranstaltungen des Tschu-Besuches waren von einem Gefühl getragen, das die Inder überall zum Ausdruck brachten, wo sie des Chinesen ansichtig wurden: „Hindi Chini bhai-bhai“ — Inder und Chinesen sind Brüder.

Ob Inder und Chinesen tatsächlich Brüder sind, sollte in den Gesprächen zwischen Nehru und Tschu entschieden werden. Es wurde nicht entschieden.

Nehru sprach in seinen Reden davon, daß die Grundsätze des Mahatma Gandhis auf die ganze Welt angewendet werden sollten. Tschu dagegen sprach ausdrücklich nur von Asien. Nehrus fromme Formulierung enthielt als realpolitischen Kern die Erkenntnis, daß der Weltfriede ein Ganzes darstelle, England und die USA folglich aus dem politischen Kalkül Asiens nicht völlig auszuklammern seien. Tschu dagegen dozierte mit erhobenem Zeigefinger: „Die Zeiten, in denen äußere Kräfte das Schicksal Asiens willkürlich bestimmen konnten, sind für immer vorbei.“

In Washington, London und Paris machte man sich darüber Gedanken, ob nicht Tschus weltpolitische Abstinenz in Moskau unangenehm aufgefallen sein müsse.

Eine der für Moskau glücklichsten Konstruktionen der Weltpolitik war bislang der innere Zusammenhang zwischen dem indochinesischen Kriegsschauplatz und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Immer wenn Frankreich Bereitschaft zeigte, sich dem heißen Thema „EVG“ zu nähern, ließ der Kreml in den Reisefeldern Indochinas kommunistische Vietmin-Divisionen zum Angriff antreten. Der kommunistische Igel war immer schon da, während der französische Hase sich zwischen „schmutzigem Krieg“ und EVG zu Tode lief.

Das Anliegen der Sowjet-Union war dabei, die EVG zu hintertreiben. Das Anliegen Chinas aber dürfte sein, die Amerikaner vom südostasiatischen Kontinent zu entfernen.

In Moskau hat man nun einige Ursache, zu befürchten, daß die von Tschu in Neu Delhi so ausgiebig unterstrichene Konzentrierung des chinesischen Interesses auf Asien auch bedeute, daß den Peking-Kommunisten ihr eigenes südostasiatisches Hemd näher ist als das europäische Hemd der Moskau-Kommunisten.

Am Vorabend der Berner Konferenz zwischen Tschu und dessen französischen Kollegen Mendès-France sprach man in Genf von einem „planetarischen Kuhhandel“. Tschu, so hieß es, werde dem Franzosen den Frieden in Indochina offerieren und dafür den französischen Rücktritt von der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft fordern. Nach der Berner Konferenz wurde von einer solchen Offerte Tschus nichts bekannt. Man hält es jetzt



Heim nach Prag: Remigrant Lausmann
Die Schnapsflasche blieb in Salzburg

nicht mehr für ausgeschlossen, daß Tschu als Preis für den indochinesischen Frieden weiter nichts gefordert hat als den Verzicht Frankreichs auf ein südostasiatisches Bündnis mit den USA — und sich damit an Sowjetrußlands Europa-Politik stillschweigend desinteressiert hat.

Das würde dann für die chinesisch-russische Allianz bedeuten, was John Foster Dulles den Briten für die anglo-amerikanische Allianz androhte — Lockerung der Beziehungen.

AUSLAND

TSCHECHOSLOWAKEI

Der Rücksprung

Im Anfang sah es aus wie irgendeine obskure Emigranten-Story; inzwischen aber hat es den Anschein eines nicht unbedeutenden sowjetischen Schachzuges im Spiel um Europa gewonnen. So und so ähnlich äußern sich etwas geguält amerikanische Sicherheitsoffiziere in Salzburg und Wien zu dem „Rücksprung“ des Bohumil Lausmann, der — bevor er die Freiheit gewählt hatte — einmal tschechoslowakischer Vizepremier gewesen war.

Die Geschichte hatte angefangen am Heiligen Abend vergangenen Jahres. Am Nachmittag des 24. Dezember hielt vor der Nummer 10 der Siedlerstraße in Salzburg-Gnigl eine Eskorte amerikanischer Straßenkreuzer. Einer der Insassen klingelte bei Frau Anna Rabinger und fragte nach deren Untermieter Lausmann. In das bescheidene Domizil des Tschechen gewiesen, bot sich dem Beamten der melancholische Anblick der Überbleibsel einer seit längerem verklungenen Abschiedsstunde. Auf dem Tisch stand eine halb geleerte Schnapsflasche.

Die Amerikaner sprachregelten diesen betrüblichen Sachverhalt in der gewohnten Weise: Lausmann, der einst tschechoslowakischer Industrieminister, Führer der tschechischen Sozialdemokraten und schließlich vom Tage des Prager Februarputsches von 1948 an tschechoslowakischer Vize-Ministerpräsident gewesen war, in der Neujahrsnacht des Jahres 1950 aber nach Bayern flüchtete, sei von den Sowjets gekidnappt worden.

Es dauerte bis zum 7. Februar 1954, ehe sich in der europäischen Öffentlichkeit einige Zweifel an der pauschalen amerikanischen Erledigung des Falles Lausmann meldeten. Die sonst jeglicher Sensation abholde „Neue Zürcher Zeitung“ meinte: „Wenn Bohumil Lausmann wirklich in einen Hinterhalt gelockt wurde, so spricht alles dafür, daß sich dies nicht in der westlichen Zone Österreichs zugetragen hat. Und auch wenn es sich bestätigen sollte, daß er (Lausmann) sich jetzt in Prag aufhält, kann heute noch niemand mit Bestimmtheit sagen, in welcher Rolle er das nächste Mal vor das Publikum treten wird: als bekehrter Emigrant oder als Angeklagter in einem Schauprozeß.“

Weitere drei Monate später bestätigte sich der Verdacht der „Neuen Zürcher“:

Wer hat morgen Geburtstag?



Das Geburtstagskind der Woche
GRAF ZEPPELIN,
geboren am 8. Juli 1838 in Konstanz

Oder war es ein Namenstag, ein Jubiläum, ein Hochzeitstag, den Sie nicht vergessen wollten. Wenn Sie etwas schenken — eine Flasche Sekt kommt immer richtig.

Sektliebhaber wissen SÖHNLEIN zu schätzen, den Sekt aus Weinen berühmter deutscher Weinlagen. Ergibt sich aber ein besonderer Anlaß, um repräsentativ zu schenken, dann wählen Sie eine SÖHNLEIN-Magnum, die gewichtige Doppelflasche.



Im Mai erschien Lausmann vor einer Prager Pressekonferenz und betete vergnügt das obligate auto-kritische Sprüchlein herunter: „Ich kehre zurück trotz meiner schweren Verbrechen, die ich vor und nach meiner Flucht begangen habe. Es stärkte mich der Glaube an Gerechtigkeit und Verzeihung.“

Was mag, so fragten sich seine zurückgebliebenen Emigrantenfreunde, den Bohumil Lausmann veranlaßt haben, in die Klauen der tschechoslowakischen Staatssicherheits-Polizei zurückzukehren? Inzwischen hat man über das Rücksprung-Motiv einiges in Erfahrung gebracht:

Lausmann habe im letzten Jahr seiner Emigration mit den tschechoslowakischen Kommunisten in Verbindung gestanden, außerdem über den Redakteur Jaroslav Benda der im freien Wien erscheinenden sozialistischen, an sich anti-kommunistischen Zeitschrift „Videnske Svobodne Listy“ Fühlung mit sowjetischen Stellen in Wien gehabt. Über den gleichen Verbindungsweg habe, so heißt es weiter, die Prager Regierung ihrem ehemaligen Vizepremier nicht nur die freie Rückkehr angeboten, sondern für später sogar einen hohen Regierungsposten in Aussicht gestellt.

Dieses zunächst abenteuerlich klingende Angebot sei dem Lausmann mit der weiteren Erklärung plausibel gemacht worden, daß die Sowjet-Union für die nächste Zeit ein größeres Minister-Retirement in allen Satellitenländern Osteuropas plane. Diese Absicht sei Teilstück eines umfassenden sowjetischen Versuchs, die sozialistischen Parteien in Westeuropa anzusprechen und damit die EVG-Bereitschaft, insbesondere Frankreichs und Englands, weiter aufzuweichen. Dieses Manöver basiere auf der insbesondere in der britischen und französischen Arbeiterschaft sich breitmachenden Stimmung gegen die USA und gegen die deutsche Wiederaufrüstung.

Die neutralistisch orientierte Pariser Wochenzeitung „France-Observateur“ meldete dazu, daß die Sowjet-Union für die nächste Zeit in Europa „spektakuläre Gesten der Entspannung“ plane und referierte aus Emigranten-Kreisen „erstaunliche Gerüchte“: „Viele Emigranten glauben tatsächlich, daß man sie demnächst zur Rückkehr in ihre Heimat auffordern könnte, wie es kürzlich bei dem Tschechen Lausmann der Fall war.“

Ähnliches wußte die stockkonservative Londoner „Weekly Review“ zu berichten. Sie kündigte an, daß sich Sowjet-Union in den osteuropäischen Satellitenstaaten Regierungen einsetzen werde, die auch im Westen Sympathien finden könnten.

AUTOMOBIL-INDUSTRIE

Die letzten Sechs

In dem Konferenzsaal eines der Wolkenkratzer-Hotels von Manhattan wurde vergangene Woche das Ende der letzten beiden kleineren amerikanischen Autofirmen besiegelt: Die abschließende Sitzung der Verwaltungen der Studebaker Corporation und der Packard Motor Car Company dauerte kaum vierzig Minuten, dann gaben die Herren vom Vorstand ein gemeinsames Kommuniqué heraus. Es besagt in dürren Worten, daß sich Studebaker und Packard zu einer Gesellschaft zusammenschließen, um in dem mörderischen Absatzkampf der amerikanischen Autoindustrie überleben zu können.

Beide Firmen haben auf dem verstopften Absatzmarkt in letzter Zeit schwere Verluste hinnehmen müssen. Die Verkaufs-

zahlen fielen in den ersten vier Monaten dieses Jahres

- bei Studebaker auf 31 756 gegen 47 654 in der gleichen Zeit des Vorjahres und
- bei Packard auf 16 910 gegen 29 104 im Vorjahre.

Innerhalb dreier Monate buchte Packard 380 000 Dollar, Studebaker sogar sechs Millionen Dollar Verluste.

In dem Kommuniqué, das der Generaldirektor der neugebildeten Studebaker-Packard-Werke, der ehemalige ERP-Sonderbeauftragte Paul G. Hoffmann, der Presse übergab, heißt es hoffnungs-



Fusion der Kleinen: Studebakers **Hoffmann**
Der Markt ist verstopft

voll: „Die Vereinigung der Unternehmen wird erhebliche Einsparungen an Produktionskosten, Forschungsaufgaben und Vertriebskosten bringen. Die neue Kombination soll die Basis schaffen für die Er kämpfung größerer Anteile am amerikanischen Automobilmarkt, wie sie beide Gesellschaften allein nicht erreichen können.“

Dieser Markt der USA, in den sich noch nach dem ersten Weltkrieg über hundert selbständige Firmen teilten, ist ein Musterbeispiel für die Konzentration von Kapital geworden. Immer mehr kleine und mittlere Firmen wurden im Laufe der Zeit von den großen geschluckt oder gaben von selbst auf. Nach dem zweiten Weltkrieg waren im ganzen nur noch neun Firmen übriggeblieben, von denen drei den Löwenanteil am Absatzmarkt für sich erobert hatten: General Motors 38 Prozent, Ford 21 Prozent und Chrysler 25 Prozent.

Die sechs Kleinen teilten sich in die restlichen 16 Prozent. Bereits im vergangenen Jahre aber war ihr Anteil auf ganze 9 Prozent abgesunken. Bei einer Gesamtproduktion, die allmählich weit über den aktuellen Bedarf hinausreichte, brachen als erste die Verkaufsorganisationen der kleinen Firmen zusammen.

Viele Autohändler gingen zu den großen Autofirmen über, weil es unter dem Druck des Käufermarktes üblich wurde, dem Käufer von der Verdienstspanne bis zu 500 Dollar abzugeben oder zumindest seinen gebrauchten Wagen weit über Preis in Zahlung zu nehmen. Dabei konnte nur ein großer Umsatz, wie ihn die Verbindung mit einer der drei Massenproduzenten ermöglicht, das Autoverkaufsgeschäft überhaupt noch rentabel gestalten.

Unter diesem Absatzdruck fusionierten als erste die Automobilfirma Kaiser und die Herstellerin des Jeep, Willys-Overland (SPIEGEL 2/1954). Wenige Monate später folgte der Zusammenschluß der Nash Corporation mit der Hudson Company, die sich ebenfalls beide zu schwach fühlten, weiter gegen die Markteroberung durch die großen Firmen anzukämpfen.

Selbst Chrysler, die kleine unter den drei großen Firmen, konnte mit den beiden Riesenunternehmen nicht mehr Schritt halten. Die De-Soto-Abteilung Chryslers ging zur Vier-Tage-Woche über, die Plymouth-Werke arbeiteten zeitweise sogar nur drei Tage in der Woche. Nach der neuesten Statistik beliefert Chrysler nur noch 13 Prozent des amerikanischen Automobilmarktes, während die beiden kapitalkräftigsten Wettbewerber zusammen ihren Marktanteil auf 83 Prozent erhöht haben (General Motors: 51 Prozent).

Es half den Kleinen nichts, daß ihre Arbeiter mit Zustimmung der Gewerkschaft freiwillig eine Herabsetzung ihrer Löhne anboten. Auch verstärkte Rüstungsaufträge bewahrten beispielsweise die fusionierten Kaiser- und Overland-Betriebe nicht vor einem Verlustabschluß von 27 Millionen Dollar für das Jahr 1953. Der republikanische Abgeordnete Shepard J. Crumpacker aus dem Staate Indiana, wo Studebaker seinen Sitz hat, beschuldigte deshalb Ford und General Motors als erster in aller Öffentlichkeit, sie arbeiteten unter Ausnutzung ihrer Machtstellung gegenüber den Händlern offen auf ein Monopol hin.

Als im vergangenen Monat schließlich auch zwischen den beiden letzten unabhängigen kleinen Autofirmen, Packard und Studebaker, Fusionsverhandlungen begannen, schaltete sich das amerikanische Justizministerium mit seiner Kartellabteilung ein. Generalstaatsanwalt Herbert Brownell leitete eine Untersuchung darüber ein, ob die Vorgänge in der Autobranche einen Verstoß gegen das Kartellgesetz darstellten.

Ford und General Motors bestreiten das energisch. Sie weisen darauf hin, daß die moderne Massenproduktion schon aus Gründen der Kostensenkung zu einer gewissen Konzentration führe und erklären ihre Markterfolge schlicht als „Auswirkungen des freien Wettbewerbsystems“.

Dieser freie Wettbewerb, in dessen Rahmen die kleineren Autofirmen durch ihre auf individuelle Ansprüche zugeschnittenen Wagentypen eine echte Aufgabe hatten, scheint nun noch weiter eingeengt zu werden. Als sich vergangene Woche in Manhattan die letzten beiden selbständigen Firmen vereinigten, sprachen die Experten bereits davon, daß die Konzentrationsbewegung noch weitergehe: Als nächstes wird der Zusammenschluß der neuen Studebaker-Packard-Gesellschaft mit der einige Monate vorher fusionierten Nash-Hudson-Gruppe erwartet.